26. Oktober 2020

Corona versus kommunale Kulturhaushalte: Die Erosion beginnt

Kulturrat fordert: Kultur als Pflichtaufgabe und zweites Kulturinfrastrukturprogramm des Bundes

Berlin, den 26.10.2020. Im Etat der Stadt Bamberg klaffen riesige durch Steuerausfälle aufgrund der Coronakrise entstandene Löcher, deshalb muss nach Angaben der Stadt nun der Rotstift angesetzt werden und das wird gerade auch die Kulturförderung treffen. Sie soll im nächsten Jahr um 25 Prozent gekürzt werden. Das werde „massive Auswirkungen" auf Veranstaltungen haben, sagte die Kulturreferentin von Bamberg **Ulrike Siebenhaar** dem Bayerischen Rundfunk. Davon betroffen sind etwa Festivals, Ausstellungen, Konzerte, Lesungen oder Theatervorführungen.

Dem Deutschen Kulturrat, dem Spitzenverband der Bundeskulturverbände, geht es schon seit dem Frühjahr darum, besonders die kulturelle Infrastruktur zu stabilisieren, damit in der Pandemie das kulturelle Leben in veränderter Form aufrechterhalten werden kann und nach der Pandemie das kulturelle Leben in seiner gesamten Vielfalt weiterarbeiten und sein kreatives und verbindendes Potential genutzt werden kann. Das ist auch das beste Förderprogramm für Künstlerinnen und Künstler, die ohne eine funktionierende kulturelle Infrastruktur weniger Auftritts- und Ausstellungsorte haben werden.

Deshalb haben wir uns für ein Kulturinfrastrukturprogramm stark gemacht, das glücklicherweise mit dem Programm „Neustart Kultur" vom Bund in einer Größenordnung von einer Milliarde Euro aufgelegt wurde und gerade von den Kulturverbänden und den künstlerischen Fonds verteilt wird. Doch dieses Programm ist explizit kein Programm zur Förderung der öffentlichen Kultureinrichtungen, sondern unterstützt die erwerbswirtschaftlichen Kulturstrukturen.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, sagte: „Die Stadt Bamberg will ihren Kulturetat um 25 Prozent kürzen. Dies kann sie leider machen, weil die Kulturförderung immer noch keine Pflichtaufgabe der Kommunen ist. Es ist zu befürchten, dass wir in der nächsten Zeit weitere Hiobsbotschaften bei der Kulturfinanzierung der Kommunen hören werden. Neben der Umsetzung unserer alten Forderung die Kulturfinanzierung zur Pflichtaufgabe von Kommunen zu machen, muss jetzt um jede einzelne öffentliche Kultureinrichtung, um jeden einzelnen Kulturetat gekämpft werden. In Notzeiten, wie wir sie gerade erleben, muss es möglich sein, dass der Bund mit einem weiteren milliardenschweren Kulturinfrastrukturprogramm den Kommunen unter die Arme greifen darf. Die Erosion der kommunalen Kulturfinanzierung beginnt, Bund und Länder müssen sie jetzt gemeinsam aufhalten!"

26. Oktober 2020

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat